

Die Seite 3

Saisonarbeitskräfte: Zahltag verpennt 3
Polnisches Recht fordert 48 % Sozialbeiträge

Agrarpolitik

Absatzfonds ohne Energie 4
CMA darf auch weiterhin nicht für Biodiesel werben
Neuwahlen – Ein Kommentar von Georg Janßen 5
Bauernverbände bevorzugen Prämien-Kürzung 5
Nationale Kofinanzierung lehnt die COPA ab

Märkte

Bullenpreise entkoppelt 6
Etikettierungskontrolle von Rindfleisch 7
Überbürokratie drängt regionales Rindfleisch aus den Theken
Erste gentechnikfreie Milch 10
Die Upländer Bauernmolkerei startet im Juni

Bewegung

Aufruf: Solidaritätsfonds Boden 8

Schwerpunkt: Lebensmittelhandel

Höhere Erzeugerpreise gegen geballte Marktmacht 11
„Regionalität ist ein Qualitätsmerkmal“ 12
Interview mit SPAR-Einzelhändler Björn Harste

Nachbau

Lindas Rettung läuft an 15
Bundessortenamt gibt nach und verlängert Zulassung
Wieviel Offenbarung? 15
Urteilsverkündung im Aufbereiterprozess am 26. Juni

Gentechnik

Gentechnikfreie Regionen: Es geht voran 14

Internationales

Zucker: Kommission will mit Geld liberalisieren 16
WTO verbietet EU zu viel Export 16
Die WTO und unser Milchpreis 17

Landleben

Milchbauer nach Demo erschüttert 19
60 Jahre danach 18
Bericht über Auswirkungen von Krieg und Naziherrschaft

Weitere Themen

In Stall, Feld und Umfeld bei Annemarie Duske und Andreas Backfisch, **Seite 9** · Abhängigkeiten, **Seite 19**
Lesetipps, **Seite 20-21** · Anzeigen/Veranstaltungen/Kontakte, **Seite 22-23**, Nachruf auf Graf Finkenstein, **Seite 23**

Inhaltsverzeichnis

Mit dem Ruf nach „Bauernbefreiung“ ist der Bauernverband in den Wahlkampf gezogen. Was Gerd Sonnleitner damit sagen will, ist klar. Es ist seine Angelegenheit, dass er nun versucht, sich wahltaktisch und parteipolitisch zu positionieren. Aber wenn schon von Bauernbefreiung gesprochen wird und damit historische Parallelen gezogen werden, ist nicht entscheidend, von welchen ungeliebten Ministern, sondern von welchen ökonomischen Zwängen Bauern heute erlöst werden müssen, vergleichbar damals von Frondiensten und Zehntzahlungen.

Molkereien und Handelsketten greifen Bauern heute in die Tasche und zahlen Milchpreise, die die Kosten nicht decken. Saatgut- und Chemieindustrien wollen die Wahlfreiheit des An- und Nachbaus einschränken und ihnen die Gechtech-Saat unterjubeln. Ernährungsindustrien erzwingen die Produktion billiger Agrarrohstoffe und drängen Bauern und Bäuerinnen aus der Lebensmittelherzeugung. Die Befreiung von Industrieinteressen steht tatsächlich auf der Tagesordnung, dies lange schon vor der Ausrufung von Neuwahlen und

**Kommentar****Freie Bauern**

es ist von der AbL zum Thema gemacht worden. Auf welcher Seite die Spitze des Bauernverbandes steht, ist immer wieder deutlich geworden. Ihre Vertreter sitzen in Aufsichtsräten von Molkereien und Großgenossenschaften, sind Partner im Nachbau-„Kooperationsabkommen“ mit der Saatgutindustrie, betätigen sich als Steigbügelhalter der Gentechnikkonzerne oder stützen die BVVG bei der Verschacherung von Bauernland. Nun, die Haltung der

Verbandsspitze ist wie sie ist. Es ist zu beklagen, aber so sind sie eben. Aber klar ist, wenn von Bauernbefreiung gesprochen wird, muss es um mehr gehen als einen nationalen Regierungswechsel.

Über Jahrzehnte hat die Europäische Union – unter dem Vorwand, eine bäuerliche Landwirtschaft abzusichern – eine Agrarpolitik betrieben, die die Rationalisierung und Industrialisierung der Produktion gefördert hat, um der Ernährungsindustrie billige Rohstoffe zu sichern. Hier sind Milliarden der EU-Agrarausgaben als Investitionsförderung hingeflossen. Und noch heute gehen 90 Prozent der EU-Agrargelder in die 1. Säule, ohne eine wirksame ökologische Qualifizierung und ohne jegliche soziale Anbindung. Rationalisierten Agrarbetrieben beschert das auch nach der Reform umgerechnet 120.000 Euro je Arbeitskraft im Jahr. Das ist Verschwendung von öffentlichen Mitteln. Ohne Anbindung an die Lohnkosten im Betrieb dient dies Geld so nur der Bereicherung von rationalisierten Betrieben und ihren Inhabern. Und es führt zu Wettbewerbsverzerrungen zulasten der bäuerlichen Wirtschaftsweise, weil drei Viertel unserer Höfe lediglich mit einem Zehntel der Zuwendungen auskommen müssen.

Wer sich nun dafür stark macht, diese bisherige Verteilung der Gelder zu sichern, ohne sie über eine Anbindung an den Faktor Arbeit in den Dienst von Arbeitsplätzen auf dem Land zu stellen, schadet den bäuerlichen Betrieben und damit der gesamten Gesellschaft. Und wer wie Kanzlerkandidatin Merkel vorschlägt, den „großen Europäer“ und Sozialisten Tony Blair damit ruhig zu stellen, die zweite Säule der Agrarpolitik zu streichen, also die Politik für ländliche Wirtschaftsentwicklung, für Investitionen in Arbeit und Umwelt, für Qualifizierung und Innovationen auf dem Lande zu beenden, hat entweder nichts begriffen oder ist Leuten auf den Leim gegangen, die jedenfalls keine freien Bauern wollen.

Die AbL ist parteipolitisch nicht festgelegt. Wir arbeiten weiter mit Nachdruck daran, unabhängige bäuerliche Landwirtschaft, die von der Gesellschaft gewollt wird, auch agrarpolitisch abzusichern.

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Bundesvorsitzender

Zitat des Monats**Impressum**

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;
Redaktion: Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Mute Schimpf, Anne Brid Leonhardt; Tel.: 023 81/49 22 89, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Abowerwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

Satz: Gebr. Wilke GmbH, Hamm

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Europäische Milchbauern wollen notfalls streiken

„Wir brauchen 40 Cent pro Liter, um unsere Milch sozial-, tier- und umweltverträglich produzieren zu können.“

Es war das dritte Treffen der europäischen Milchviehhaltverbände, diesmal in Dänemark. Die Preisfrage rückt dabei immer mehr in den Vordergrund der gemeinsamen Aktivitäten. Es geht um die Existenz vieler Milchviehbetriebe und des ländlichen Raumes in Europa.

Mit der Niedrigpreispolitik der EU (siehe Artikel unten) wollen sich die Milchbauern aus ganz Europa deshalb nicht abfinden und nehmen ihr Schicksal in die eigene Hand.

Sie fordern einen Milchpreis, der die Produktionskosten und den Wert der Arbeit berücksichtigt. „40 Cent pro kg Milch – in der Schweiz 70 Cent – brauchen wir, um unsere Vollkosten zu decken“, sagte Romuald Schaber vom Bund deutscher Milchviehhalter. Könnte dieser Preis bis Anfang 2006 in Verhandlungen mit der Molkereiwirtschaft nicht

Die vertretenen Organisationen (aus neun europäischen Ländern) reden nicht nur, sondern setzen sich intensiv für die Realisierung des Preiszieles ein. Jede Organisation hat hierbei ihre eigene Strategie, wobei sich nach und nach „Aktionsfamilien“ herauskristallisieren.

Aktionen

Der Bundesverband deutscher Milchviehhalter hat es durch viel Informations- und Aufklärungsarbeit geschafft, seine Mitgliederzahl auf mittlerweile 11.500 zu erhöhen. Die AbL setzt auf Pressearbeit und gezielte Projekte wie die „Fairmilch“ oder die vor einer Woche ins Leben gerufene Aktion „Gentechnikfreie Milch“.

In Belgien haben Milchviehhalter in Zusammenarbeit mit ihren niederländischen und deutschen Nachbarn eine belgische Variante des Verhandlungsmandats ins Leben gerufen: den Belgian Dairy Board (BDB).

Die Confédération Paysanne in Frankreich setzt mit starken Aktionen die Milchindustrie unter Druck und zielt

mit ihren Forderungen nach einem qualifizierten Außenschutz und der Regulierung der Milchmengen auch auf die Politik.

Die Schweizer betreiben erfolgreich intensive Pressearbeit und gewinnen ebenfalls immer mehr Bauern für ihre Sache. „Die Bereitschaft für einen Streik ist in der Schweiz sehr hoch“, sagte Martin Haab von der BIG-M.

Die österreichische IG-Milch hat der Molkereiwirtschaft ein Ultimatum gestellt: Bis Ende September 2005 wollen sie 35 Cent pro Liter Milch und ab September 2006 dann 40 Cent. Zum Zeitpunkt des Ablaufs des Ultimatums werden sich die Vertreter der europäischen Milchviehhaltverbände wohl in Österreich treffen, um ihren Mitstreitern den Rücken zu stärken.

Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene wird als ungeheuer wichtig eingestuft. Aus diesem Grunde wurde in Billund die Einrichtung einer Koordinierungsstelle beschlossen. AbL-Mitarbeiterin Sonja Korpeter wurde von dem europäischen Netzwerk engagiert, um die Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg zu erleichtern und zu unterstützen. Die AbL findet diese europäische Initiative sehr wichtig und stellt unter anderem die notwendige Infrastruktur zur Verfügung.

Bei den Treffen auf den Flughäfen Europas wird immer wieder deutlich, dass die Teilnehmer aus unterschiedlichen kulturellen und politischen Kontexten kommen. Um so beeindruckender ist,



Noch lässt sich mit Kühen für eine abwechslungsreiche Urlaubslandschaft werben. Wie lange noch, das hängt auch vom Milchpreis ab.

dass es in Billund gelungen ist, eine gemeinsame Basis für die Zusammenarbeit zu legen. Eines verbindet sie alle: Ruinöse Milchpreise und die Entschlossenheit, etwas dagegen zu tun.

Sonja Korpeter



In Billund dabei: R. Schaber (BDM), B. Sievers (BDM Nord), B. Voß (AbL).
Foto: Korpeter

erreicht werden, dann sei mit weitgehenden Aktionen zu rechnen, insbesondere mit einem Milchstreik, fasste Schaber die Diskussion in Billund zusammen.

EU-Beamter: Keine falschen Erwartungen

Abteilungsleiter in der EU-Kommission warnt davor, den Milchpreis nicht auf Weltmarktniveau zu senken

Setzt sich der Hermanus Versteijlen und seine Abteilung in der EU durch, dann sind die derzeitigen Milchpreise noch absolute Hochpreise für die Bauern. Versteijlen ist Abteilungsleiter für Tierische Produkte in der EU-Kommission. Eine Delegation der AbL hat ihn Anfang Juni in seinem Brüsseler Büro einen Besuch abgestattet, um Möglichkeiten auszuloten, wie das vorhandene Instrument der Quote genutzt werden kann, um den Erzeugerpreis wieder nach oben zu bringen.

Davon wollte der gebürtige Niederländer nicht viel wissen. Er will die Milchbauern Europas vielmehr vor falschen Hoffnungen retten. Natürlich könnten nicht alle Bauern Bauern bleiben, aber, „man müsse wissen, mit Würde auszutreten“.

Die EU werden nicht umhin kommen, ihre Außengrenzen für Importe von Milchprodukten erheblich zu öffnen. Das sei eine zu erwartende Konsequenz der laufenden WTO-Verhandlungen. Umgerechnet auf den Liter Milch läge der Preis für die Importmilch in der Regel etwa 30 Prozent unterhalb des deutschen Preisniveaus. Deutsche Landwirte müssten sich deshalb darauf einstellen, dass sich der EU-Preis immer mehr dem Weltmarktpreis annähert. Diese Entwicklung hält Versteijlen für unumstößlich und die einzige Reaktionsmöglichkeit der EU sieht er in Preissenkung. Exportländer von Milchprodukten verlören dann das Interesse, ihre Produkte auf den europäischen Markt zu bringen. Nur so sei die europäische Milchwirtschaft zu halten und deutsche Bauern

könnten weiter Milch produzieren. „Nein, nicht alle“, schränkte Herr Versteijlen ein. Die bestehenden Betriebe müssten effizienter werden, um 30 Prozent billiger produzieren zu können. Zur Zeit liege die durchschnittliche Kuhzahl bei 40 Kühen pro Betrieb im Europa der 15 bzw. bei 15 Kühen in der EU-25. Die meisten Betriebe seien somit entschieden zu klein, meint der Beamte.

Versteijlen berief sich auf eine Studie, wonach eine Person sehr gut 600.000 bis 700.000 Liter Quote allein bewirtschaften könne. Solche Betriebe seien effizient und sollten deshalb die Zielgruppe für Förderungen durch die Europäische Union sein: „Wir brauchen größere, effizientere Betriebe, dann werden wir auch auf dem auf dem Weltmarkt

konkurrenzfähig sein.“ Eine Alternative gebe es nicht, da die von der WTO beabsichtigte Öffnung der Märkte von der EU-Kommission auf Dauer nicht verhindert werden könne. Er könne sich daher nicht vorstellen, dass die EU-Kommission einen Vorschlag vorlegen werde, der darauf abzielt, die beschlossene Milchquotenerhöhung um 1,5 Prozent in der EU zurückzunehmen oder noch weiter aufzuschieben. Das wecke nur falsche Erwartungen.

Eine gute Nachricht

Auch wenn Versteijlen sich gar nicht begeistert davon zeigte: Ein kleiner Spielraum bleibt den Staaten doch. Versteijlen erläuterte, dass die einzelnen Länder die zusätzlichen Quoten von insgesamt 1,5 Prozent bis 2009 problemlos

Modernisierung oder Integration:

Thesen zur Zukunft des agrarsozialen Sicherungssystems

Anfang April diesen Jahres sprach sich der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL), Matthias Berninger, für eine Integration der landwirtschaftlichen Sozialversicherung in die allgemeine Sozialversicherung aus. Kurz darauf befürwortete Bundesministerin Renate Künast in einem Interview die Beibehaltung eines eigenständigen agrarsozialen Sicherungssystems. Diese Auffassungsunterschiede gibt es nicht nur bei BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN – auch bei CDU/CSU und SPD wird die Zukunft des eigenständigen agrarsozialen Sicherungssystems kontrovers diskutiert: Erhalt des Status quo einerseits und Integration in die allgemeine Sozialversicherung andererseits bilden die Pole dieser Diskussion. Dazwischen steht die Strategie der Modernisierung des Systems, für die im Folgenden in Thesenform plädiert wird.

Keine Kürzung bei der LUV

Im deutschen Agrarhaushalt wird es nach derzeitigem Stand keine Kürzungen zu Lasten der Landwirtschaft geben. Das hat der parlamentarische Staatssekretär des Bundeslandwirtschaftsministeriums, Matthias Berninger, am Freitag den 17. Juni nach Abschluss der Haushaltsgespräche mit dem Bundesfinanzministerium mitgeteilt.

Die Vorschläge des Finanzressorts für eine erneute Reduzierung der Bundesmittel zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung (LUV) seien ebenso vom Tisch wie eine Kürzung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“.

Darüber hinaus habe man sich darauf verständigt, dem Deutschen Verband für Landwirtschaftspflege (DVL) und dem Deutschen Biomasseforschungsinstitut in Leipzig erstmals eine institutionelle Förderung zu gewähren. pm

I Situation und Akzeptanz

1. Agrarsozialpolitik galt vor kurzem noch als wichtigste Säule der nationalen Agrarpolitik. Im Unterschied zu früher lässt sich jedoch heute mit sozialpolitischen Argumenten keine sektorale Einkommenspolitik mehr durchsetzen. Die landwirtschaftliche Sozialversicherung (LSV) ist daher voll in die laufenden Debatten um den Umbau des Sozialstaates einbezogen. Der hohe Bundesmittelanteil bei der Finanzierung der agrarsozialen Sicherung macht diese besonders verwundbar.

2. Trotz erheblicher Kürzungen seit 1999 werden immer noch 3,7 Mrd. € und damit 72% des Haushalts des BMVEL für die

Unterschied zur Phase des Auf- und Ausbaus der LSV hat die einkommenspolitische Wirksamkeit der Bundesmittel stetig nachgelassen, weil die strukturwandelbedingten Defizite des Systems größer werden.

3. Der Erhalt eines eigenständigen agrarsozialen Sicherungssystems erfordert einen Balanceakt zwischen den Einsparforderungen der Haushaltspolitik, den Maßnahmen zum Umbau des Sozialstaats und der Kritik der Landwirte an der Beitragsbelastung. Als reformbedürftig gelten besonders die Landwirtschaftliche Krankenversicherung (LKV) und die Landwirtschaftliche Unfallversicherung, weniger die 1994 grundlegend reformierte Alterssicherung der Landwirte (AdL). Aus den anstehenden Reformen der gesetzlichen Unfallversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung nach der nächsten Wahl zum Deutschen Bundestag sind erhebliche Impulse hierfür zu erwarten.

II Elemente einer Modernisierung des agrarsozialen Sicherungssystems

4. Dreh- und Angelpunkt der Modernisierung des agrarsozialen Sicherungssystems ist die nachhaltige Regelung des Bundesmitteleinsatzes. Nachhaltig können diese Regelungen für den Bundesmitteleinsatz nur sein, wenn sie nachvollziehbar und transparent sind und gewährleisten, dass in den agrarsozialen Sicherungssystemen die gleichen Bedingungen gelten wie in den allgemeinen Sozialversicherungssystemen. Es bietet sich daher an, den Risikostrukturgleichheit in der allgemeinen gesetzlichen Krankenversicherung und das Lastenausgleichsverfahren der gewerblichen Berufsgenossenschaften zu Grunde zu legen. Scheitert eine Übertragung aus technischen Gründen, müssen Ersatzverfahren in Anlehnung an die o.g. Verfahren entwickelt werden.

5. Im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung, der allgemeinen gesetzlichen Krankenversicherung und im Bereich der gewerblichen Berufsgenossenschaften wird gegenwärtig und in naher Zukunft die Anzahl der Träger erheblich reduziert. Obwohl der Erfolg einer Organisationsreform sinnvollerweise nicht an der Zahl der LSV-Träger, sondern nur an der relativen Höhe der Verwaltungsausgaben und deren Entwicklung festgemacht werden kann, spricht vieles für einen LSV-Bundesträger, insbesondere der anhaltende Strukturwandel in der Landwirtschaft bei weiterem Einspardruck, die verbesserte Manövrierfähigkeit, sowie die regionalen Beitragsunterschiede.

6. Vor Inanspruchnahme der Solidarität der Steuerzahler ist die innerlandwirtschaft-

liche Solidarität auszuschöpfen. Hierfür besteht erheblicher Handlungsbedarf, weil es in LKV und LUV eklatante regionale Beitragsunterschiede für vergleichbare Betriebe gibt.

7. Die wirksamste Reduzierung der Leistungsaufwendungen im Bereich der Unfallversicherung ist die Verhütung von Un-



Die LSV zukunftsfähig machen! Foto: Jasper

fällen. Der fortdauernde Verzicht vieler LBGen darauf, Unfallrisiko und Unfallgeschehen bei der Beitragsbemessung zu berücksichtigen, erscheint vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar.

8. Den Modernisierungserfordernissen der LSV kann nur mit einer aktiven Rolle der Politik entsprochen werden. Die Selbstverwaltung dürfte mit dieser Aufgabe, auch in Bereichen, in denen sie eigene Gestaltungsmöglichkeiten hätte, überfordert sein.

III Fazit

9. Eine modernisierte agrarsoziale Sicherung wäre für die Landwirte zumindest auf absehbare Zeit billiger und besser als eine Integration in die allgemeinen sozialen Sicherungssysteme der Arbeitnehmer. Eine Integrationslösung verspricht im Moment nur dem Bundesfinanzminister Vorteile; für die Landwirte würde sie die soziale Absicherung verschlechtern und verteuern.

10. Der Balanceakt zur Beibehaltung des landwirtschaftlichen Sondersicherungssystems gegenüber dessen extra- wie intrasektoralen Kritikern wird allerdings nur mit einer konsequenten Modernisierungsstrategie gelingen. Ansonsten bliebe dann tatsächlich nur noch die Integration. Entscheidend für den Erfolg dieser Strategie sind der politische Wille und die politische Handlungsfähigkeit der Verantwortlichen.

Ausgaben für die landwirtschaftliche Sozialpolitik (Mio. Euro Bundesmittel)

Maßnahme	2004 Soll	2005 Soll
Landwirtschaftliche Sozialpolitik gesamt:	3778,3	3677,0
Alterssicherung:	2348,0	2300,0
Unfallversicherung:	250,0	200,0
Landabgaberente:	79,0	73,0
Krankenversicherung:	1028,2	1093,0
Zusatzaltersversorgung:	13,1	15,0
Produktionsaufgaberente:	80,0	46,0
Globale Minderausgabe:	-20,0	-50,0

Quelle: BMVEL, Agrarbericht 2005

agrarsoziale Sicherung aufgewendet. Kritik an den hohen Ausgaben für die Agrarsozialpolitik kommt zunehmend auch aus Landwirtschaft und Agrarpolitik, weil die Finanzmittel in anderen Bereichen fehlen. Das agrarsoziale Sicherungssystem wird daher mittlerweile von einigen Agrarpolitikern und Landwirten als legitimatorische Hypothek empfunden, der kein entsprechender Nutzen gegenüber steht. Grund hierfür: Im

Dr. Peter Mehl, Institut für Ländliche Räume, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL)

Fair Play im Agrarhandel

AbL entwickelt Ansatz des „Qualifizierten Marktzugangs“

Alles, was den Weltmarkt einschränkt, soll abgebaut werden. Liberalisierung, also Öffnung der Märkte, bestimmt wie ein Dogma die Debatte auf den Wirtschaftsseiten der Tageszeitungen, wenn es um Agrarpolitik geht. Erwartet wird davon, dass am Ende alle gewinnen werden: Entwicklungsländer, die nicht durch Zölle vom EU-Markt ferngehalten werden; Steuerzahler in der EU, weil sie auf die 40 Milliarden Euro EU-Agrargelder verzichten können; Verbraucherinnen und Verbraucher, die billiger einkaufen können.

Beispiel Zucker

Am Beispiel Zucker zeigt sich gerade, dass Idee und Wirklichkeit zwei Dinge sind. Die EU-Kommission beharrt auf ihrem Vorschlag, der auf Liberalisierung hinausläuft. Sie will die Preise in der EU um 40 Prozent senken und ein über Abgaben der Zuckerfabriken, also letztlich von Zuckerbauern zu finanzierendes Quotenherauskaufprogramm installieren. Damit soll die Zuckerrübenproduktion in der EU so unattraktiv werden, dass über ein Viertel (6,2 Mio. t) der Produktion „von allein“ verschwindet.

Die Folge wird sein, dass nicht nur die Mehrzahl der Rübenbauern in der EU eine Einkommensquelle verliert, sondern auch der Zuckerrohrbauern und Fabrikarbeiter in den ärmsten Ländern (LDC) und den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik), wenn das EU-Preisniveau auf ein Niveau sinkt, das ihre Kosten nicht deckt. WTO-Expertein Marita Wiggerthale: „Dass die EU den LDC ab 2009 zoll- und quotenfreien Marktzugang gewährt, ist bei der Umsetzung des jetzigen Reformvorschlags nicht mehr viel wert.“ Ob es ökologisch sinnvoll ist, die Zuckerrohrplantagen in Brasilien noch auszuweiten, darf auch bezweifelt werden.

Die Alternative beim Zucker wäre, die Menge über das vorhandene Instrument der Quote direkt drastisch zu reduzieren, aber den Preis nur schwach zu senken, so dass bäuerliche Interessen hier mit entwicklungspolitischen Interessen verknüpft werden. Das wäre auch noch billiger für die Steuerzahler, weil auf Ausgleichszahlungen an die Zuckerbauern in der EU verzichtet werden könnte – die EU-Kommission plant 1,5 Mrd. Euro jährlich ab 2007/08 ein.

„Zucker ist nur ein Beispiel, wie ein qualifiziertes Vorgehen beim Marktzugang aussehen muss. Wir müssen uns Fall für Fall die Ausgangssituation ansehen und dann das Instrument zu wählen, das den Zielen des Fair Plays für alle am besten dient“, beschreibt Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf den Ansatz der AbL. „Das kann auch mal Liberalisierung sein. Aber beim

Zucker wäre es ebe gegen die ökonomischen, entwicklungspolitischen und ökologischen Ziele gerichtet, hier auf freien Markt zu setzen.“

Ziele statt Instrumente

Es könne keine Formel geben, die auf alle Bereiche der Landwirtschaft und des Agrarhandels passe. „Es gibt keine quantitative Lösung für den Marktzugang, sondern nur ein qualitatives Herangehen.“ Die AbL spricht daher von „qualifiziertem Marktzugang“.

Die AbL kritisiert die verfehlte Export- und Weltmarktausrichtung der bisherigen EU-Agrarpolitik. „Es macht keinen Sinn, dass die EU subventionierte Lebensmittel auf den Weltmarkt drückt und damit lokale Märkte in Entwicklungsländern zerstört“, hält der AbL-Vorsitzende fest. Aber aus der notwendigen Kritik heraus ableiten zu wollen, dass wir Bauern in Europa Preise akzeptieren sollten, die hiesige bäuerliche Betriebe kaputt machen, in der Hoffnung, dass der Süden unseren Tisch deckt, sei absurd. „Welchem Kleinbauern in der dritten Welt soll es helfen, wenn sich mein Betrieb vom Bielefelder Biomarkt verabschie-



Fair Play im internationalen Agrarhandel heißt, bäuerliche Interessen in Nord und Süd nicht gegeneinander auszuspielen.

det?“, fragt er provokant die Liberalisierungsvertreter.

Fair Play im Agrarhandel bedeute vielmehr, dass um Handelsregelungen werden muss, mit denen lokale und regionale Märkte gestärkt und nachhaltige Lebensmittelproduktion und Sicherheit gewährleistet werden. Graefe zu Baringdorf sieht Möglichkeiten dazu auch in der WTO: „Die starke Kritik an der Liberalisierung hat dazu geführt, dass die WTO über sensible und spezielle Produkte spricht, wo also die allgemeinen Zollsenkungsformeln nicht greifen sollen. Das bietet die Chance, jeweils zu spezifischen Lösungen zu kommen.“

Kurzes am Rande

„Das Land kann mehr“

So der vielversprechende Name einer Konferenz zur Ländlichen Entwicklung im Europäischen Parlament. Etwa 150 Vertreter von NGOs aus ganz Europa reisten am 14. Juni nach Brüssel, um Abgeordneten und Kommissionsmitgliedern zu berichten: Projekte der zweiten Säule wirken sich sehr positiv auf Europas Regionen aus, beispielsweise in Bezug auf Arbeitsplätze und Nachhaltigkeit. Sie betonten, wie wichtig deshalb eine ausreichende finanzielle Ausstattung der zweiten Säule der Agrarpolitik sei. Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf wies darauf hin, dass die Entwicklung von Wettbewerbsfähigkeit vor allem auch an regionalen Märkten ein wichtiger Schwerpunkt sein müsse. sk

Neue „ELER“-Verordnung beschlossen

Die zweite Säule der EU-Agrarpolitik hat eine neue Rechtsgrundlage. Der EU-Agrarrat hat am 21. Juni die neue Verordnung zur Ländlichen Entwicklungspolitik beschlossen. Die Mindestanteile der Säulen „Wettbewerbsfähigkeit“ und „Diversifizierung“ sind von 15 auf 10 Prozent der Ausgaben eines Mitgliedsstaates für die zweite Säule gesenkt worden, der Satz von 25 Prozent für den Agrarumweltbereich ist geblieben. Die neue Verordnung tritt aber erst in Kraft, wenn die EU-Finanzplanung für 2007-2013 feststeht. Der Rat stellte sich hinter den Kommissionsvorschlag, in dem Zeitraum für die zweite Säule 88,75 Mrd. Euro (12,7 Mrd. pro Jahr) zur Verfügung zu stellen. uj

Saarland klagt gegen Prämienhöhe

Der saarländische Umweltminister Stefan Mörsdorf hält es für ungerechtfertigt, dass die saarländischen Landwirte je Hektar im Durchschnitt weniger Direktzahlungen erhalten als die Landwirte in allen anderen Bundesländern. Auch wenn es ab 2013 regional einheitliche Prämien geben wird, bildet die Prämienhöhe im Saarland mit dann voraussichtlich etwa 260 Euro je Hektar immer noch das Schlusslicht und liegt mehr als über 60 Euro unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Da er eine politische Korrektur an dem entsprechenden Betriebsprämienführungsgesetz nicht mehr für realistisch halte, wolle er das Bundesverfassungsgericht veranlassen, ein Normenkontrollverfahren gegen das Gesetz einzuleiten, sagte der auch für Landwirtschaft zuständige Mörsdorf. Der Saarländische Bauernverband hat sich gegen den Weg der Klage ausgesprochen, auch wenn er das Ziel des Ministers unterstütze. uj

Saison-AK: ab 1. Juli volle Abgaben

Für alle polnischen Saisonarbeiter, die ab dem 1. Juli 2005 eine Beschäftigung in Deutschland aufnehmen, gelten in vollem Umfang die Regelungen des EU-Gemeinschaftsrechts. Für Arbeitnehmer, die während ihres bezahlten Urlaubs in Deutschland als Saisonarbeitskraft arbeiten, sind damit die polnischen Rechtsvorschriften maßgeblich und somit Sozialabgaben von insgesamt knapp 48% fällig. Nicht vollständig geklärt ist bisher die Zuordnung von in Polen selbstständig arbeitenden Personen, die in Deutschland Saisontätigkeiten ausüben. Hier bemühen sich die zuständigen Behörden derzeit um eine Klärung durch die europäische Verwaltungskommission. Nach deutschem Recht werden weiterhin folgende Personengruppen behandelt: Arbeitnehmer, die während ihres unbezahlten Urlaubs in Deutschland als Saisonkraft arbeiten, Arbeitslose und nicht erwerbstätige Personen (Hausfrauen, Rentner, Studenten). Für den Zeitraum vom 1.05.2004 (Beitritt Polens zur EU) bis 30.06.2005 müssen aufgrund einer zwischen Berlin und Warschau vereinbarten Sonderregelung keine Nachzahlungen entrichtet werden. al

CDU-Sekretär muss sich entschuldigen

Der niedersächsische CDU-Generalsekretär Friedrich-Otto Ripke hat kürzlich beim Kreisbauernntag in Walsrode den Versuch unternommen, die Bauern für das Schüren von Ausländer-Ressentiments einzuspannen. Laut Ripke führe die Zunahme von Ausländern dazu, dass sich bis 2100 die christliche Gesellschaft in eine moslemische verwandeln würde und dass die Bauern dann auf die Schafzucht umstellen müssten. Ripke musste sich nach massiven Protesten entschuldigen. pm

Billig-teure Futtermittel

Die Verbraucherorganisation Foodwatch hat auf dem Klagewege erreicht, dass McDonalds seine Hamburger-Brötchen nicht mehr mit dem Hinweis auf nur „natürliche Backhilfsstoffe“ bewerben darf. Der Konzern verwendet beim Backen Emulgatoren, deren Inhaltsstoffe laut Foodwatch immer noch nicht veröffentlicht werden. Unter dem Titel „Lug und Trog“ veröffentlichte foodwatch außerdem einen Report über billige Futtermittel, die „uns teuer zu stehen kommen“: foodwatch, Brunnenstr. 181, 10119 Berlin, 030-280 939 – 95, www.foodwatch.de en

Mähdrusch-Oligopol

Drei Hersteller dominieren auf den Mähdrusch-Märkten Deutschlands und Westeuropas: Claas, CNH (NewHolland & Case) und John Deere machen 90 bzw. 80 % der Verkäufe unter sich aus. Daneben gibt es noch kleinere Anbieter wie Agco (MF & Fendt) in Fertigungssallianz mit Deutz-Fahr sowie die italienische Laverda und die skandinavische Sampo. pm

Biologisch-dynamische Stiftungsprofessur

An der Universität Kassel/Witzenhausen, Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften, wurde die europaweit erste Stiftungsprofessur für biologisch-dynamische Landwirtschaft besetzt. Der Niederländer Prof. Dr. Ton Baars hat zum Sommersemester begonnen, sein Fachgebiet und seine Versuchseinrichtungen auf der Staatsdomäne Frankenhausen, dem Ökologischen Versuchshof der Universität Kassel, zu entwickeln. Schwerpunkt der neuen Professur wird Tiergesundheit sein, insbesondere Themen wie Selbstmedikation mittels Futtermittelauswahl sowie die Bedeutung der Aufzucht für Immunität und Tierzucht. Vor allem der wissenschaftliche Umgang mit praktischen Erfahrungen soll in Forschung und Lehre im Vordergrund stehen. pm

Antibiotika aus Tierhaltung in Pflanzen

In einer vom NRW- Verbraucherschutzministerium in Auftrag gegebenen Studie wurden erstmals Antibiotika, die in der Tierhaltung eingesetzt wurden und durch Gülleausbringung auf die Felder gelangt sind, auch in Nutzpflanzen nachgewiesen. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Ausbildung von Antibiotika-Resistenzen bei Menschen nach Aufnahme geringer Antibiotika-Dosen sind diese Erkenntnisse als problematisch zu werten, so Ministerin Bärbel Höhn. pm

Quoten für Jung- und Kleinbauern

Ein Programm zur Aufgabe der Milchproduktion hat in Frankreich zum Freiwerden von 360.000 Litern Quote geführt, die 2005/2006 verteilt werden. 20% dieser Quoten sollen nicht wie bisher üblich auf Departementebene wieder ausgegeben werden, sondern auf regionaler Ebene. Besteht somit in einem Departement für die freiwerdende Quote keine Nachfrage, so kann sie an Bauern in anderen Departements derselben Region abgegeben werden. Positiv scheinen die Kriterien der Verteilung: junge Landwirte, die sich vor 2000/2001 niedergelassen haben und eine Quote besitzen, die unterhalb des regionalen Durchschnitts liegt und Landwirte, die weniger als 100.000 Liter Quote haben, werden bevorzugt bedient. Die Grenze von 100.000 Litern begeistert die Französische Bauernorganisation Confédération Paysanne (CP) nicht: so würden viele große Betriebe von der Austeilung profitieren, während tatsächlich kleine Betriebe leer ausgingen. Die CP hat stattdessen eine Höchs-

Kurzes am Rande

Weltneuheit: Leichtbauplatte aus Hanf

NRW-Hanftag im Landwirtschaftszentrum Haus Düsse präsentierte innovative Produkte und Projekte

Über 40 Experten informierten sich am 20. Mai im Rahmen des NRW-Hanftages im Landwirtschaftszentrum Haus Düsse über den Anbau und die Verwertung von Hanf in Nordrhein-Westfalen. Neben den aktuellen Hanfanbauzahlen wurden Naturdämmstoffe und deren Fördermöglichkeiten sowie die neue Leichtbauplatte „Cannabis Excellent“ aus dem Hause Resopal vorgestellt.

Entwicklung dieser Platte ist es der Firma Resopal gelungen, eine Spanplatte zu erzeugen, die nur halb so schwer wie das Vergleichsprodukt Spanplatte und massiver als Wabenplatten ist. Wegen des geringen Gewichts sieht Ohlhauser in der Schifffahrt einen vielversprechenden Abnehmer. Weitere Einsatzfelder für „Cannabis Excellent“ sind der Wohnmobilmobereich und der Möbelbau. Grundstoff für die Platte sind Grünhanfschäben, die aus dem gebrochenen Holzkern der Hanfstängel entstehen. Bisher werden 95 % der bei der Hanfverarbeitung anfallenden Schäben lediglich als Tiereinstreu genutzt.

Förderung von Naturdämmstoffen

Markus Hemp vom Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe in Münster stellte die Dämmstoffe aus dem Markteinführungsprogramm „Naturdämmstoffe“ vor. Bei diesem Förderprogramm der Bundesregierung werden Bauherren mit bis zu 35 Euro je Kubikmeter Dämmstoff unterstützt. Es ist befristet bis Ende 2006 und beinhaltet neben Hanf auch Flachs-, Schafwoll-, Getreide-, Wiesen- und Seegrasdämmstoffe. Mehr Informationen gibt es unter www.naturdaemmstoffe.info.

Hanfzucht in Werther

Der Geschäftsführer der HAV-NafiTech GmbH Günter Butenuth (Werther) berichtete, dass sein Unternehmen dieses Jahr 750 Hektar Anbaufläche unter Vertrag genommen und somit die Vorjahresfläche verdreifacht hat. Neben dem Hanfaufschluss zu Schäben und Fasern ist in Werther eine Dämmstoffproduktion vorgesehen.

Fazit

Als Fazit des Hanftages bleibt festzuhalten, dass mit der Errichtung der Hanffabrik in Werther die Anreize für den Anbau und die Verwertung von Hanf in NRW in angrenzenden Regionen deutlich verbessert werden. Die weitere Entwicklung des Hanfmarktes in Deutschland lebt von innovativen Produktideen wie der Resopalplatte „Cannabis Excellent“. Um den Hanfanbau für Landwirte attraktiver zu gestalten, ist eine verbesserte Wirtschaftlichkeit mit höheren Hanfstrohpreisen oder auch die Erschließung der Flächenstilllegung von zentraler Bedeutung, denn derzeit stehen laut Hans-Bernd Hartmann vom Haus Düsse der Marktleistung inklusive Prämie von 1.171 €/ha Anbaukosten inklusive Pachtantritt von 1.017 €/ha gegenüber.

Hans-Bernd Hartmann



Präsentierten auf dem NRW-Hanftag Produkte aus Hanf: (von links nach rechts): Joachim Klack (Hanfverein, Versmold), Karl-Erich Oldemeyer (Hanfverein, Werther), Staatssekretär Dr. Thomas Griese (MUNLV, Düsseldorf), Hans-Bernd Hartmann (Haus Düsse), Präsident Karl Meise (Landwirtschaftskammer NRW)
Foto: Dahn, Soester Anzeiger

Der Präsident der Landwirtschaftskammer NRW Karl Meise würdigte in seinem Grußwort den langjährigen unermüdlichen Einsatz des Hanfvereinsvorsitzenden Karl-Erich Oldemeyer, dem es zu verdanken sei, dass aus einem Hanfprojekt ein industriepolitisches Ereignis in Ostwestfalen werden konnte. Damit meinte er die im Entstehen begriffene Hanffabrik der Firma HAV-NafiTech GmbH im westfälischen Werther, die eine Verarbeitungskapazität von über 2.500 Hektar Anbaufläche anstrebt. Staatssekretär Dr. Thomas Griese vom Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen (MUNLV) betonte, dass der Anbau und die Verwertung von Hanf von zentraler Bedeutung für die stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe sei. Zukunftsträchtige Bereiche für Hanf sieht Griese vor allem in der Automobilindustrie sowie bei Bau- und Dämmstoffen.

Hanfspanplatte „Cannabis Excellent“

Als Weltneuheit mit großen Perspektiven stellte Gerd Ohlhauser von der Firma Resopal die beschichtete Hanfspanplatte „Cannabis Excellent“ vor. Mit der

(Klein) Anzeigen**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigenannahme bis zum 17. des Vormonats. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für BS September 2005 ist am 19. August.

Hof und Arbeit

● Biobetrieb in Frankreich, in der Auvergne, Mutterkuhhaltung, sucht Urlaubsvertretung im August für ca. 10 Tage. Französischkenntnisse wären hilfreich. Mit Teich, Pferden, Sehenswürdigkeiten. ☎ 0033 470 06 60 78

● Milchschaftbetrieb (Bioland) in Eiderstedt bietet Praktikumsplatz gegen Kost und Logis in Landwirtschaft und Käseerei. Fünf Kilometer zur Nordsee! Hof Volquardsen, ☎ 04862-348

● Junge Familie (Bauernstimmen-Redakteurin, Soziologie und Tochter, 31.) sucht 3 bis 4 Zimmer (oder kl. Haus) mit Garten in netter Nachbarschaft, Hof- oder Hausgemeinschaft; mit guter Bahn- oder Busanbindung nach Hamm (max. 50 km). Anne Leonhardt, ☎ 04239-943236

Tiermarkt

● Verkauft laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Querfeldein

● Verkauft kompl. Hofmolkerei. Zwei Durchtreibemelkstände, System Hedemann für je 6 Kühe, incl. Futter-Automaten, sowie Futtersack für 5 to. P.Hildebrandt, 27624 Ringstedt, ☎ 04708-1256

● Holzpelletheizungen
● Holzhackschnitzelheizungen
● Holzvergaserheizungen
www.agriserve.de
60437 Frankfurt
☎ 06101-541 985

● Fahrradfahrt für gentechnikfreie Landwirtschaft vom 30. Juli bis 7. August 2005: Ottersberg – Lüneburg – Heide – Prignitz – Altmark – Haveland – Berlin. Suchen Übernachtungsmöglichkeiten (Wiese/Zelten), Tipps für Aktionen usw. Alles angeben. Gen-Nie, Am Glockenstuhl 25, 27870 Ottersberg, ☎ 04205-8427



Bioland Landesverband Hessen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen

Wir suchen einen/ eine

Regionalstellenleiter/in für Sachsen-Anhalt (1/2 Stelle)

Aufgaben: Mitgliederbetreuung in Sachsen-Anhalt u. Thüringen; Akquise umstellungsinteressierter Betriebe; politische Interessenvertretung; Öffentlichkeitsarbeit.

Wir erwarten: Fachkenntnisse im Ökologielandbau u. couragierten Einsatz bei dessen Vertretung, Teamgeist und ein hohes Maß an Selbstständigkeit. Wohnsitz in Sachsen-Anhalt.

Wir bieten: eine spannende und abwechslungsreiche Tätigkeit in enger Anbindung an die Geschäftsstelle in Hessen und das Regionalbüro in Sachsen.

Bitte senden Sie Ihre **Bewerbung** (mit Gehaltsvorstellung) bis zum 15.07.2005 an: Bioland Landesverband Mitte, Susanne Weißbecker, Londerfer Str. 28, 35305 Grünberg, Tel: 06401/9170-13, E-Mail: s.weissbecker@bioland-mitte.de.



Wege aus der Milchkrise

Montag, den 11. Juli 2005 um 20 Uhr

Podiumsdiskussion mit:

Friedrich Ostendorf

MdB, Vorsitzender Milchbauern im Bundestag

Romuald Schaber

Vorsitzender Bund Deutscher Milchviehhalter

Jakob Niedermeier

Vorsitzender Interessengemeinschaft der Milchviehhalter

Wolfgang König

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, AbL-Bayern

Daniel Weiß

Projektbetreuer Omega 3- Weidemilch

Manfred Dreier

Präsident Bundesverband der Privaten Milchwirtschaft

im Gasthof Oberwirt, Kienberger Straße 14, D-83119 Obing

Kontakt: Andreas Remmelberger,

Tel.: 08679-6474

www.chiemgau-inn-salzach.de

Veranstaltungen**naro.tech 2005**

01. bis 04. September 2005, Messe Erfurt

Fachmesse für Nachwachsende Rohstoffe, Technologien und Produkte mit internationalem Symposium zu Werkstoffen aus Nachwachsenden Rohstoffen und Fachtagung Biogas.

Messe Erfurt, Katrin Vogel, ☎ 0361-400 18 10, Fax: -400 11 11, www.messe-erfurt.de

Landwirtschaft als globaler Entwicklungsmotor

06. September 2005, Berlin

Das Forum Sustainet auf dem Jahresskongress des Rats für Nachhaltige Entwicklung sieht moderne Landwirtschaft als Motor für wirtschaftliches Wachstum und Armutsminderung. Experten diskutieren, wie Landwirtschaft nachhaltig gestaltet werden kann - mit Vandana Shiva aus Indien, Prof. Josef Sayer von Misereor, Nicola Favia vom International Fund for Agricultural Development (angefragt) und Stefan Helmig von der GTZ.

Anmeldung online unter www.nachhaltigkeitsrat.de/kongress oder per Fax: 040-30 300 333.

Bauernhofkindergarten oder Kindergarten auf dem Bauernhof

09. bis 11. September 2005, Altenkirchen

Bei dieser bundesweiten Informationsveranstaltung werden die ersten deutschen Bauernhofkindergärten vorgestellt und die Lernchancen und Lernmöglichkeiten auf dem Bauernhof herausgearbeitet. Es wird gefragt, welche organisatorischen und ökonomischen Modelle es für solche Einrichtungen gibt.

Hans-Heiner Heuser, Evangelische Landjugendakademie, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen (Ww), ☎ 02681-9516-23, Fax: -70206, heuser@lja.de

Den Ruf der Erde in mir hören – ein tiefenökologisches Seminar

09. bis 11. September 2005, Steyerberg

Wer registriert heute nicht eine Reduzierung seiner selbst als Mensch, wenn er/sie mit Begriffen wie „Humanressource“, „Humankapital“ oder „Ich-AG“ versehen wird? Individualismus und Egoismus sind Aspekte der allgemeinen Stimmungslage. Lebensfreude und Gestaltungskraft jedoch ergeben sich immer dann, wenn eine Verbundenheit der Person mit sich selbst, mit ihren Anliegen und Zielen sowie mit der Gemeinschaft besteht. Auf der Grundlage dieses Ansatzes wendet sich das Seminar u.a. an Akteure, die Prozesse und Projekte gestalten.

Lebensgarten Steyerberg, ☎ 05764-2370, www.lebensgarten.de oder Imke Lohmann, Unternehmen unterwegs, Rathausstr. 5, 33602 Bielefeld, info@unternehmen-unterwegs.de

RENEXPO(r) und IHE(r) Holz-Energie 2005

22. bis 25. September 2005, Messe Augsburg

Am Samstag, den 24.09.2005 richtet sich die Biogastagung an Landwirte, Betreiber, Planer und Hersteller. Themen sind Planung und Betriebsführung einer Biogasanlage, Genehmigung, wirtschaftliche Stellschrauben, Schadensfahrungen aus der Praxis, Netzanschluss, EEG-Vergütung, Einspeiseverträge sowie die steuerliche Bewertung von Biogasanlagen. Im Anschluss informiert das Seminar „Finanzierung von Biogasanlagen“ über Finanzierungsmodelle.

Weitere Tagungen im Rahmen der RENEXPO(r) 2005 behandeln Themen wie Holzvergaser, Kühlung und Klimatisierung aus Biomasse, KWK in kleinen Anlagen mit gasförmiger Biomasse, Pflanzenöl, Solar und Pellets u.v.m. Die IHE(r) HolzEnergie deckt mit Themen wie Pellets, Hackschnitzel oder Stückholz, Kachelofen oder Heizkessel, Strom oder Wärme, Finanzierung und Förderung, Logistik oder Brennstoffhandel die gesamte Wertschöpfungskette des Energieträgers Holz ab.

Mehr Informationen gibt es unter www.renexpo.de bzw. www.holz-energie.de

erneuerbare energien, Kommunikations- und Informationsservice GmbH, ☎ 07121-3016-0, Fax: -3016-100, www.energie-server.de

Ökologisch produzieren – alte Sorten nutzen

23. September 2005, Hamburg

Die Fachtagung soll die Diskussion zwischen ökologisch produzierenden Apfelerzeugern und Menschen, die sich für den Erhalt alter Apfelsorten einsetzen, fördern. Ein Schwerpunkt wird die Vermarktungsfähigkeit alter Sorten sein.

UmweltHaus am Schüberg, Wulfsdorfer Weg 29, 22949 Ammersbek, ☎ 040-605 10 14, Fax: -605 25 38, schoenberger@haus-am-schuberg.org

Betriebliche Grundlagen für das Lernen auf dem Bauernhof

14. bis 16. Oktober 2005, Altenkirchen

Die agrarpolitische Informationsveranstaltung will Rechtsformen für die Organisation des pädagogischen und landwirtschaftlichen Betriebes vorstellen, Versicherungsfragen klären, die hygienischen Grundlagen für die pädagogische Arbeit offen legen und fragen, was pädagogische Arbeit auf dem landwirtschaftlichen Be-

**Faire Milchpreise**

Für Bauern im Allgäu, in Europa und weltweit

Dienstag, 5. Juli 2005, 20 Uhr im Gasthof Hirsch, Betzigau

Wie sieht eine Milchmarktpolitik aus, die Bauern in Nord und Süd stärkt?

Diskussion mit:

Maria Heubuch (AbL-Bundesvorsitzende, Milchbäuerin)

Michael Windfuhr (Vorsitzender der entwicklungs-

politischen Organisation Germanwatch)

Romuald Schaber (Vorsitzender des BDM und Milchbauer)

Hubert Dennenmoser (Geschäftsführer der Molkerei

Allgäuer Emmentalerwerk Kimratshofen)

Moderation: Martin Hofstetter, Universität Kassel

Anfahrt:

von der B12 oder A7 Abfahrt Betzigau (Nähe Kempten)

Kontakt: Berit Thomsen (AbL) 02381-9053172

Sarah Kahnert (Germanwatch) 030-28883563

Als Mutters Heu warm geworden war

In einem fernen Sommer heiratete ich. Das war ein Schock für meine Eltern, kam die Braut doch nicht einmal von einem Bauernhof. Sie versuchten es mir auszureden. Als das nichts wurde, sagte der Alte: „Ich fahr zur Kur!“

So planten also die Liebste und ich die Hochzeit für den August. Ich kam mir rebellisch vor. Und der Alte plante für Juli seine Kur. Sie war bewilligt; der Termin stand. Vorher musste noch das Heu rein. Und es war Kieler Woche. Das heißt: traditionell schlechtes Wetter. Trotzdem pressten wir. Ich arbeitete damals als schwerer Erzieher in einer Tagesstätte für schwer Erziehbare und hätte also keine Zeit gehabt, mich in Vaters Abwesenheit um die Ernte des Heus zu kümmern. Langer Rede kurzer Sinn: Das Heu war wohl schon trockener als Silage, aber getrocknetes Gras ist anders als das, was nun auf unserem Heuboden lag. Der Alte war froh, dass das Heu drin war, und fuhr zur Kur. Aus dem Zugfenster rief er noch: „Guck mal nach dem Heu! Vielleicht wird es warm! Aber das muss sich nur ausschwitzen!“ Und weg war der Zug, weg war der Alte.

Dann ging alles seinen Gang. Mutter hatte zwei Freunde als Hilfe für den Alltag, und nach Feierabend kam ich auf den Hof und kümmerte mich ein wenig. Eines Tages, morgens, nach dem Melken, war Mutter im Kälberstall unter dem Boden mit dem frischen Heu. Sie wollte gerade etwas Schrot geben, da fand sie, dass es ulkig rieche. Das kam von oben. Weiß hing die Glut in den Deckenbrettern. Mutter stocherte mit der Forke darin herum. Sie murmelte: „Ich glaub, das Heu ist warm.“

Sie gab den Kälbern Schrot, dann ging sie rein und kochte Kaffee für sich und ihre Helfer; denn nichts geht über ein ordentliches Frühstück. Als alle satt waren, zog Mutter sich ihr Schrankzeug an, setzte sich in den alten Wagen und fuhr zu Hans und Greta. Sie waren auch Bauern, und Hans war Feuerwehrhauptmann.

Sie saßen gerade beim Kaffee und boten Mutter einen an. Man war befreundet, und so wurden erst mal Neuigkeiten ausgetauscht. Wie geht es Vater auf der Kur, wer ist Schützenkönig in Wankendorf, dem Huberbauern ist die Frau weggelaufen, und so weiter. Gretas Kaffee war die Krönung.

Irgendwann meinte Mutter, ganz nebenbei: „Du, Hans, ich glaub, mein Heu ist warm. Kannst du mal gucken kommen?“ „Ja, natürlich, komm, wir fahren zur Kreisfeuerwehr und holen das Heuthermometer!“

„Das tut nicht Not. Ich glaub, das Heu ist schon recht warm.“ „Wie warm?“ „Da sitzt schon Glut drin.“ Hans und Mutter fuhren zum Hof und guckten. Und Hans sagte: „Da müssen wir wohl in Gang. Aber ohne Alarm. Das macht immer son Lärm.“ Dann setzte er sich in sein Auto, fuhr von Hof zu Hof und sagte den anderen Feuerwehrbauern Bescheid.

Als sie alle da waren, stellte die Bauernfeuerwehr einen Kipper vor den Kälberstall, und dann rissen sie die Bretterwand des Heubodens ab. Das Heu, welches zuvor in der Luftknappheit des Bodens friedlich vor sich hin recht warm gewesen war, fing nun an Feuer zu fangen, und so musste der jüngste und sportlichste der Feuerwehrbauern hoch auf den Boden, um das Feuerheu auf den Kipper zu forken. Ein anderer fuhr das Heu, wel-

ches immer wärmer wurde, dann aufs freie Feld, und so ging es, bis alles Heu auf dem Feld und nichts mehr auf dem Boden war.

Mutter hatte derweil Bier und Würstchen geholt und eine große Schüssel Kartoffelsalat gemacht, denn ohne richtige Verpflegung taugt das schönste Feuer nichts. Und als ich am Nachmittag von der Arbeit kam, fand ich unser Heu qualmend auf dem Feld und die Feuerwehrbauern qualmend und essend und trinkend auf dem Hof. „Was ist hier denn los?“ „Euer Heu ist warm geworden!“ „Quatsch! Das musste sich bloß ausschwitzen!“, sagte ich, aber dann erzählten sie von der Glut und ich musste zugeben, dass das Heu wohl schon recht warm gewesen war. Und auch ich nahm mir ein Bier.

Wir hatten eine schöne Zeit; zu dritt machten wir ein kleines Fest aus der Feuerwache. Noch einige Male fing es an zu blökern. Irgendwann war ich nur noch alleine da, und als es zuletzt noch einmal qualmte, kotzte ich das Feuer aus. Seitdem hat der Ausdruck „Auskotzen“ eine ganz und gar neue Bedeutung für mich.

Der Alte wusste nichts von alledem. Sein Kurfrieden sollte nicht gestört werden. Am Telefon fragte er nach dem Heu, und Mutter sagte: „Das ist recht warm.“ „Das muss sich nur ausschwitzen!“, antwortete Vater da, und dann wurde geschwiegen, bis Vater nach der Kur wieder nach Hause kam. Mit großen Augen stand er vor der geöffneten Heubodenwand und sagte: „Oha, das Heu ist recht warm geworden, was?“ Und Mutter nickte.

Wir haben später noch einen tollen zweiten Schnitt zu Heu gemacht. Und Birte und ich, wir heirateten trotz allem. Denn wir liebten uns. Auch wenn sie nicht vom Bauernhof kam.

Was hat das Ganze mit der Bauernstimme und dem Bestellcoupon unten zu tun? Ganz einfach, so etwas liest man nur hier!

Matthias Stührwaldt



07/2005

unabhängige Bauernstimme: Lesen, was sonst nirgends steht!

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- € bzw. 36,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetantin / des Abonnetanten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

**Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 492221**

Überhang Seite 21

wirtschaftliche Effekte erzielen.

Eine Neuorientierung der Politik des Bundes in Richtung Naturverträglichkeit soll daher ein Schwerpunkt der Bundesregierung bleiben (...).

Der „Bericht zur Lage der Natur“ ist im Internet abrufbar unter www.bmu.de oder kann kostenlos bestellt werden bei: bmu@broschuerenversand.de

Überhang Seite 6

tumsatzgrenze von 45.000 Euro vorgeschlagen. Außerdem kritisiert sie, dass aufgrund der Austeilung auf Regionenebene die Gefahr der Abwanderung der Milchproduktion aus einigen Departements bestehe. *sk*

Milchquoten wieder in staatlicher Hand

Die spanische Regierung hat den freien Quotenmarkt abgeschafft. Wer die Milchproduktion aufgeben möchte, kann seine Quote an den Staat verkaufen. Dieser bezahlt im Normalfall 0,50 Cent pro Liter Quote, an Landwirte zwischen 56 und 64 Jahren werden bis zu 70 Cent ausbezahlt. Auch beim Wiederverkauf an Milchviehhalter ist eine Staffelung vorgesehen. Betriebe bis zu 177.000 Liter Quote zahlen 50 Cent /Liter und erhalten je gekauften Liter noch 2,5 Liter (?????) kostenlos dazu. Größere Betriebe zahlen denselben Preis, erhalten jedoch keine oder nur wenige Quotenliter gratis. Die spanische Bauernorganisation COAG begrüßt diese Verstaatlichung des Quotenhandels, da sie ihr Ziel – den Erhalt der größtmöglichen Zahl an existenzfähigen Betrieben – unterstützt. *sk*

Überhang Seite 3

in der nationalen Reserve behalten könnten. Für die deutsche Regierung besteht also rein rechtlich die Möglichkeit, die geplante Quotenerhöhung von 1,5 Prozent vom Markt zurückzuhalten.

Sonja Korpeter

Überhang Seite 15 unten

Linda ist oder vielleicht eine andere. Deshalb zielt das von Linda-Züchter Europlant immer wieder vorgebrachte Argument, es gäbe doch längst bessere Sorten, ins Leere.

Überhang Seite 22

trieb kosten darf. Sie will Finanzierungsmodelle für den Lern- und Schulbauernhof aufzeigen und helfen, eine Projekt- und Finanzierungsplanung zu erstellen. Claudia Leibrock, Evangelische Landjugendakademie, Dieperzbergweg 13 - 17, 57610 Altenkirchen (Ww), ☎ 02681 -9516-17, Fax: - 70206, leibrock@lja.de

cs

Die Auswirkungen erneuerbarer Energien auf Natur und Landschaft

19. und 20. Oktober 2005, Berlin
Verschiedene Fachvorträge zu Wind- und Solarenergie, Wasserkraft und Biomassenutzung sollen beantworten, an welchen Standorten und unter welchen Bedingungen sich die Nutzung erneuerbarer Energien aus Naturschutzsicht mehr oder weniger eignet. Auch Möglichkeiten zur Nutzung eventuell vorhandener Synergieeffekte zwischen erneuerbaren Energien und Naturschutz sollen diskutiert werden, z. B. im Rahmen der Grünlandbewirtschaftung und damit der Offenhaltung der Landschaft. Der Deutsche Rat für Landespflege wird aus den Ergebnissen des Symposiums eine bewertende Stellungnahme erarbeiten, die konkrete Empfehlungen für die zuständigen Entscheidungsträger auf Bundes- und Landesebene enthalten soll.

Deutscher Rat für Landespflege, Konstantinstr. 110, 53179 Bonn, ☎ 0228-33 10 97, Fax: -33 47 27, www.landespflege.de

Lernprozesse auf dem Bauernhof gestalten

16. bis 18. Dezember 2005, Altenkirchen

Im Rahmen dieser bundesweiten Informationsveranstaltung wird Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von landwirtschaftlichen Betrieben und pädagogischen Einrichtungen die Möglichkeit geboten, sich über die Lernmöglichkeiten auf dem Bauernhof zu informieren, pädagogische und didaktische Modelle kennen zu lernen und zu fragen, wie Projekte auf dem landwirtschaftlichen Betrieb für Kinder und Jugendliche zu gestalten sind.

Claudia Leibrock, Evangelische Landjugendakademie, Dieperzbergweg 13 - 17, 57610 Altenkirchen (Ww), ☎ 02681 -9516-17, Fax: - 70206, leibrock@lja.de